

**Niederschrift zur 26. öffentlichen Sitzung des Beirates Vegesack am Donnerstag,  
dem 10. August 2017 um 18:30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack,  
Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen**

**Beginn:** 18:30 Uhr  
**Ende:** 22:25 Uhr

**Vorsitzender:** OAL Heiko Dornstedt  
**Schritfführerin:** Angela Borkowsky

**Tagesordnung:**

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschriften der 25. Sitzung am 8. Juni 2017
3. Sachstand Oeversberg – Wie geht es weiter
4. Kita Versorgung im Stadtteil ca. 20:00 Uhr
5. Beschluss des Beirates zur Verwendung  
des Stadtteilbudgets 2016/2017 ca. 21:00 Uhr
6. Straßenbenennung im Tauwerkquartier
7. Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Sport
8. Anträge und Anfragen der Parteien
9. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
10. Mitteilungen des Beiratssprechers
11. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

**Anwesende Mitglieder**

Eyfer Tunc	Hans-Albert Riskalla
Peter Fahsing	Klaus-Dieter Bless
Gabriele Jäckel	Torsten Bullmahn
Dr. Jürgen Hartwig	Cord Degenhard
Thomas Pörschke	Brigitte Palicki
Greta Frenzel	Günter Kiener
Marvin Mergard	Joachim Riebau

**Es fehlt:**

Sabri Kurt  
Dr. Hans-Stephan Schlenker  
Wilfried Sulimma

**Weitere Gäste:**

Christian Zeyfang	Senator für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport
Anke Precht	Senator für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport
Prof. Michael Hülsmann	Jacobs University
Christian Langer	Jacobs University
Simone Geßner	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Marleen Pauluhn	Senator für Kinder und Bildung
Siegfried Hafke	Bauamt Bremen-Nord

Der Vorsitzende begrüßt die Gäste und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht  
zugegangen ist. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Bevor in die Tagesordnung eingestiegen wird, informiert Herr Dornstedt zu folgenden Themen:

Herr Dr. Schlenker, Herr Sulimma und Herr Kurt haben ihre heutige Abwesenheit entschuldigt.

Beiratsmitglied Herr Dr. Schlenker hat angekündigt hat, sein Mandat zurückzugeben, eine Nachfolge ist zu organisieren

Am 19. August 2017 findet von 9:00 bis 21:00 Uhr im Stadion Vegesack das Sommerfest der Grohner Düne statt, unter anderem mit einem Fußballturnier, Musik und Kulinarisches.

In der zweiten Vergaberunde der Globalmittel (Oktober/November 2017) stehen noch 16.000 Euro für weitere Anträge zur Verfügung.

Aufgrund von Krankheit und Urlaub im Dienstleistungsbereich des Ortsamtes Vegesack könnte es in der nächsten Zeit zu Engpässen kommen, was dazu führen kann, dass das Protokoll bis zur nächsten Beiratssitzung nicht genehmigungsfähig vorliegen wird

## **Tagesordnungspunkt 1**

### **Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat**

#### Schriftliche Anträge:

- Initiative für ein Start-Konzept zur Lehrkräfte und Pädagoge/innen Gewinnung insbesondere in Bezugnahme auf die in Vegesack liegende Schule am Wasser.
- Bürger/Innenantrag  
Anbringung eines Zebrastreifens am Standort Hammersbecker Str. im Einmündungsbereich Löhstraße, der es den Senioren/Innen aus der Seniorenwohnanlage in der Kuhstraße und in der Löhstraße ermöglicht, die Hammersbecker Straße, zum Bus oder zur Nordwestbahn, gefahrloser zu überqueren.

Bezüglich der Anbringung des Zebrastreifens verweist Herr Dornstedt auf den Tagesordnungspunkt 5 „Beschluss des Beirates zur Verwendung des Stadtteilbudgets 2016/2017“ hin, welcher eine eventuelle Lösung zu diesem Antrag anbieten könnte.

#### Mündliche Anträge aus dem Publikum

- Eine Anwohnerin, weist darauf hin, dass Verkehrsschilder mit Hinweisen auf Kindergärten und Schulen, in Vegesack-Aumund und auch teilweise an anderen Stellen in Vegesack, aufgrund starken Grünwuchses nicht rechtzeitig erkannt werden können. Sie bittet um Klärung und Abhilfe.
- Eine weitere Anwohnerin schließt sich dem Antrag „Unkenntliche Beschilderungen Schule/Kindergärten“ an und macht des Weiteren auf die ungepflegten Grünanlagen und den übermäßigen Unkrautwuchs im Hartmannstift aufmerksam.  
Mit Bezug auf das Festival Maritim bemängelt sie, aufgrund des erhöhten Müllaufkommens, die Verschmutzungen in der Fußgängerzone. Diese würden entstehen, weil zu wenig Müllbehälter vorhanden sind und Abfall auf dem Gehweg entsorgt wird. Als Beispiel nennt sie das Müllproblem vor dem Burger Grill in der Gerhard-Rohlf's-Str. Sie macht den Vorschlag zu Veranstaltungen zusätzliche Müllbehältnisse aufstellen zu lassen.

Herr Dornstedt bedankt sich für den Hinweis und wird dieses zwecks Klärung an Vegesacker Marketing e. V.“ weiterleiten.

Zum Thema Hartmannstift, hofft er, dass sich bald eine dauerhafte Lösung, welche die Pflege der Grünflächen mit einbezieht, finden wird.

## **Tagesordnungspunkt 2**

Genehmigung der Niederschrift der 25. Sitzung am 8. Juni 2017

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form genehmigt.

## **Tagesordnungspunkt 3**

Sachstand Oeversberg – Wie geht es weiter

Herr Dornstedt begrüßt im Publikum die Anwesenden des BMX-Clubs und andere Sportinteressierte und -funktionäre, sowie die geladenen Referenten:

Als Einleitung fasst Herr Dornstedt die bisherigen Schritte in Sachen Oeversberg kurz zusammen:

Am 12. Mai 2016, gab es eine Beiratssitzung mit Beiratsbeschluss.

Am 26.10.2016 erklärten die Beteiligten am Runden Tisch, dass ein großes Interesse besteht eine Lösung zu finden. Die Transparenz der Gespräche wird von den Beteiligten für unerlässlich gehalten. Daraufhin gab es einen zweiten Runden Tisch am 12.12.2017

In der Beiratssitzung am 8.12.2016, beantragt der Beirat die erforderlichen Mittel für den Bau von Sportanlagen, als vollwertigen Ersatz für die Flächen auf dem Oeversberg, in den Haushalt 2018/2019 einzuplanen und bereitzustellen

In der Beiratssitzung am 6.04.2017 wurde folgender Beschluss gefasst:

*Der Beirat Vegesack beschließt, dass sowohl die Interessen des Sports, als auch der Jacobs Universität in der Planung Berücksichtigung finden. Der Beirat Vegesack stellt fest, dass der Sport und die Jacobs Universität Verlässlichkeit für die Zukunft benötigen. Die erforderlichen Flächen für die Ausübung des Sports sind bereitzustellen. Bestehende Sanierungsbedarfe sind zu befriedigen, die erforderliche Bauleitplanung ist auf den Weg zu bringen, die erforderlichen Planungs- und Realisierungsmittel müssen zeitnah bereitstehen. Die Sportverbände und die betroffenen Sportvereine sind in dem Planungsprozess frühzeitig zu beteiligen.*

Seit dem gab es zahlreiche Sitzungen von Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen zwischen den Ressorts und der Jacobs Universität.

Ergebnis sind die Deputationsvorlage/Sport für den 15.08.2017 und die Deputationsvorlage/Wirtschaft für den 9.08.2017, welche an die Beiratsmitglieder weitergeleitet wurden.

Frau Geßner vom Ressort für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, informiert mit einer Präsentation, was wie sich die bisherigen Prozesse seit April 2017 entwickelt haben: Sie beginnt mit dem Ergebnis der Runden Tische, welches für den Senator für Arbeit, Wirtschaft und Häfen die Grundlage des weiteren Prozesses bildete:

- Orientierung der JUB in Richtung Norden Science-Park
- Erklärung der JUB des dauerhaften Verzichts auf die Westhälfte des Oeversbergs
- Die Prüfung der Konzentration der Sportanlagen auf die Westhälfte  
Im Ergebnis sollen die Ressorts Sport und Wirtschaft gemeinsam mit der JUB eine dauerhafte Lösung, sowohl für den Sport als auch für die JUB erarbeiten. Das Ergebnis soll in der ersten Jahreshälfte vorliegen.

Aus diesem Ergebnis des Runden Tisches wurden verschiedene Aufgabenstellungen definiert:

- Klärung der formalen Voraussetzungen / des Rahmens für den erforderlichen Grundstückstausches.
- Intensive Auseinandersetzung mit dem Bauressort, um die Anforderungen an die planerische Konkretisierung, der Zielsetzung und Voraussetzung für die erforderliche Bauleitplanung, zu definieren, um langfristig die Sicherung der Nutzungsziele, welche mit dem Runden Tisch definiert wurden zu organisieren und darauf aufbauen
- Die Umsetzung der erforderlichen planerischen und baulichen Maßnahmen

Frau Geßner erläutert anhand von Bildern das Ergebnis des Runden Tisches und die neu definierten Aufgabenstellungen:

- Die Entwicklung der JUB in Richtung Norden und die Verfügungstellung von möglichen, zusätzlichen Kleineren Entwicklungsflächen vom Oeversberg für die JUB
- Erhalt der Sportanlagen bei räumlicher Konzentration der bestehenden Sportanlagen.

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sieht seine neue Aufgabe darin, die neu definierten Entwicklungsziele in einer neuen Rahmenplanung umzusetzen. Wesentliche Basis ist die Rahmenplanung von Böge Lindner, als man noch von einer JUB Weiterentwicklung in den Norden und von einer Science Park Entwicklung in den Süden ausging; planerische Umzüge mit hohem Grünanteil und Durchwegung von Norden nach Süden mit der verlängerten Nordsüdachse bis zur Lesum.

Frau Geßner konkretisiert die definierten planerischen Aufgaben des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr wie folgt:

- Die Räumliche Fortsetzung des Städtebaukonzepts von JUB und Science Park mit der verlängerten Nord-Süd-Achse bis zur Lesum.
- Einer Grünachse im zentralen Campusbereich, bis hin zum Landschaftsraum Lesum, mit Betonung der Mittelachse und Konzeptionen von Trittsteinflächen in Richtung Lesumufer und dem bestehenden Universitätsgelände.
- Vernetzung zu den bestehenden Grünflächen- und Städtebaulichen Strukturen.
- Weitergehende Vernetzung der JUB mit dem Stadtteil. Mit der Weiterentwicklung der JUB in Richtung Norden soll eine Öffnung der JUB zum Stadtteil hin organisiert werden...
- aber auch in Richtung Science Park in Kombination mit den dort neu zu konzentrierenden Sportflächenangeboten.
- Festlegung einer städtebaulich begründeten baulichen Entwicklungsreihe, für die geklärt werden muss, wo und wann welche Entwicklungsschritte anstehen.
- Eine Konzentration auf dem Oeversberg, unter Berücksichtigung der Sicherung eines Flächenpotenzials von 2 Ha, von insgesamt 7,3 Ha, für die Entwicklung der JUB.

Die Neuorganisation des Oeversberg sollte als Initialzündung gesehen werden. Wo heute vielfach noch Modernisierungs- und Sanierungsbedarfe sind, sollen zukünftig attraktive und zukunftsfähige Sportanlagen generiert werden, die sich in den Städteraum einfügen. In diesem Planungsprozess integriert werden sollen die Zuwegungen zu den Sportanlagen, die Durchwegungen der Flächen, sowie die Bewertung und Integration des Grünbestands. Es soll ein neues kleines Stück Stadt für den OT Grohn entwickelt werden.

Hierfür wurden wie folgt erste Planungsschritte definiert:

- Den Rahmenplan aus dem Jahr 2004 aktualisieren und erstellen eines Grünordnungsplans für den Oeversberg.
- Aufgrund angrenzender Wohngebiete und bestehende Nachbarschaft sind Lärmschutzmaßnahmen zu prüfen
- Aufbauend auf der konkretisierten und erzielten Planung ist die Umsetzung des Bauleitplanverfahrens und die Planung der entsprechenden Baumaßnahmen vorzunehmen.

Frau Geßner stellt anhand einer <sup>1</sup>Präsentation die Planungsprozess vor:

Erste, informelle Planungsphase (6- 9 Monate)  
unter Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen, sowie eines externen Beraters

---

1

Präsentation von Frau Geßner vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

- Projektorganisation  
Erstellung und Aktualisierung des städtebaurechtlichen Rahmenplanes, Erstellung des Grünordnungsplanes, Bewertung eines Lärmgutachtens  
Machbarkeit und Grundlagen  
Ermittlung von entscheidenden Planungsparametern
  - „Runder Tisch“ zur Planung Oeversberg (I)  
Vorstellung der Ergebnisse der Grundlagenermittlung und Diskussion der Ideen zur Optimierung und Gestaltung der Sportanlage mit Moderation
  - „Runder Tisch“ zur Planung Oeversberg (II)  
Präsentation der Vorzugsvariante zur Neugestaltung des Oeversberg, Vorstellung der Zeitplanung für die bauliche Umsetzung der Sportanlage mit Moderation
  - Information / Beschluss des Beirates Vegesack  
Mehrstufig (3./4. Quartal 2017) mit abschließender Information und Beschluss im 1. Quartal 2018
- Zweite, formelle Planungsphase (rd. 12 Monate)
- Bericht an die beteiligten Deputationen zur Umsetzung des Senatsbeschlusses
  - Bauleitplanverfahren(auf Grundlage der Rahmenplanung und des Entwicklungskonzepts)
  - Durchführung der Bauleitplanung  
(Beteiligung der Öffentlichkeit und Beiräte im Rahmen der Planungsverfahren)

Vorgeschlagen wird ein verbindliches Beteiligungsverfahren nicht nur im Planungsprozess, sondern auch während des Bauverfahrens. Es wird angestrebt, die Vertreter der betroffenen Sportvereine, des Beirates, der JUB, der Bürger und der zuständigen Ressorts, auf Grundlage des Runden Tisches, mit einzubeziehen. Wichtig hierbei sei es, dass die Institutionen jeweils Stellvertreter benennen, die dann verbindlich den Gesamtprozess begleiten. Die Ergebnisse und Zwischenergebnisse sollen dem Beirat regelmäßig in einer öffentlichen Sitzung vorgestellt werden.

Frau Geßner fasst die aktuellen Klärungsbedarfe zusammen:

Abschließende Klärung des Grundstückstausch

- Abstimmung des Beteiligungsverfahrens
- Klärung der Finanzierung der anstehenden Planungsaufgaben:  
Aktualisierung des Rahmenplans  
Erstellung eines Grünordnungsplans  
Beauftragung eines Lärmgutachtens
- Beauftragung einer Moderation

Herr Hafke ergänzt und erläutert die vorhandenen Grundlagen, des Sportverbleibes auf dem Oeversberg und gibt eine Erklärung zur Flächenbilanz:

1. Der vorhandene Sport, sowie er auf dem Oeversberg soll auch in Zukunft dort verbleiben und die Flächen zur Verfügung stehen.
2. Es ist eine Lösung zu finden, wie man die Flächen städtebaulich organisiert und Naturqualitäten integriert, Naturausgleiche herstellt oder Natureingriffe vermeidet.
3. Bei allen Maßnahmen ist auf ausreichenden Lärmschutz zu achten.

Aktuell sind die Sportflächen auf dem Oeversberg laut Planungsrecht mit ca. 7,3 ha ausgewiesen. Ein Teil dieser Ausweisungen ist ein Schulstandort, der jedoch als Sportfläche genutzt, und im Rahmen der Befreiungsmöglichkeiten zulässig ist. Von den 7,3 ha für den Sport beträgt die tatsächliche Nutzung aktuell ca. 5,1 ha. Dieses betrifft drei Fußballfelder, die BMX-Bahn, 6 Tennisplätze (drei davon sind aktuell bewachsen und werden zukünftig nicht benötigt), die Umkleideräume, Stellplätze und Lärmschutzerschließung. Nach Abzug des

Bedarfes von 2 ha für die Nutzung der JUB würden zukünftig 5,3 ha für den Sport verbleiben. Diese 5,3 ha entsprechen ungefähr der heutigen tatsächlichen Nutzung für den Sport. Eine zusätzliche Option, welche am Runden Tisch diskutiert wurde wäre, die Anzahl der Fußballplätze von 3 auf 2 zu reduzieren. Voraussetzung hierfür wäre, dass eine Großfläche davon ein Kunstrasen ist, der eine andere Nutzungsdichte ermöglicht. Bei Beibehaltung des gleichen Sportbetriebes wie heute, würde das einer zukünftigen Fläche für den Sport von ca. 4,4 ha entsprechen.

Ein Vertreter des SV Grohn zweifelt an, dass zwei Fußballplätze für den zukünftigen Trainingsbedarf ausreichen. Die Anzahl der Mannschaften wurden in der letzten Zeit erheblich erhöht. Ein Training für die derzeit 9 Mannschaften sei auf 2 Plätzen nicht machbar. Positiv sieht er, dass ein Kunstrasen gegenüber dem Ascheplatz auch bei Regen nutzbar ist.

Herr Hafke verweist auf die weitere Klärung der einzelnen Bedarfe am Runden Tisch. Vom Flächenangebot und der Größe ist der Sport weiterhin auf dem Oeversberg zu verorten. Ob das in der Finanzierung der Sportmodernisierung dann Modell sein kann muss noch geklärt werden. Er gibt zu bedenken, dass jede Veränderung und Nutzungsdichte nur unter Vorbehalt der lärmtechnischen Kompatibilität mit den reinen und allgemeinen Wohngebieten funktionieren kann. Daher sieht er es als wichtig an, vor weiteren Diskussionen ein sachkundiges Lärmgutachten zu beauftragen.

Eine gutachterliche Bewertung sollte auch für die 8000 qm Waldfläche auf dem Oeversberg erfolgen, um zu klären, was bei einer späteren Flächennutzung berücksichtigt werden muss, um das ökologische System des Waldes nicht zu beeinträchtigen. Herr Hafke zeigt Fotos vom aktuellen Zustand des Geländes, welcher sich als sehr provisorisch darstellt. Zu sehen sind Trampelpfade und eng aneinander grenzende Sportflächen. Der Geländezustand muss neu gestaltet, organisiert und zusammengebracht werden. Anhand von weiteren Fotos stellt er ein Beispiel vor, welches dokumentiert, wie sich die 2 ha Fläche auf der Gesamtfläche zum Sport darstellt. Die 2 ha könnten sich auf der Fläche unterschiedlich orientieren. Im Beispiel zeigt Herr Hafke eine Variante, die zur Konsequenz hat, dass ein Kunstrasenplatz gebaut werden muss. Die Machbarkeiten sind vorab durch Lärmgutachten zu prüfen. Unabhängig von der zukünftigen Orientierung dieser Fläche, darf die Gesamtgestaltung der Flächen, sowie der städtebauliche Zusammenhang der Nord-Südachse als städtebauliches Konzept nicht außer Acht gelassen werden.

Falls es zu der Entscheidung kommen sollte, dass der Oeversberg überwiegend Sport bleibt, sei die alte Planung, Erschließung des Oeversberg als Gewerbegebiet oder als Universitätsstandort über 7,5 ha nicht mehr umsetzbar. Es stellt sich die Frage, was aus dem geplanten Ausbau der betroffenen Bruno-Bürgel-Str., der Anliegerstraße, sowie der Planung einer Durchgangsstraße für den Berufsverkehr werden wird. Ein Umgehungsverkehr über die Bruno-Bürgel-Str. / Friedrich-Humbert-Str. Richtung Zentrum ist nicht erwünscht. Dort wären mögliche Flächen, zur Stärkung einer Grünverbindung in den Norden nach Schönebeck. Das vermutliche Konzept der JUB sei eine räumliche Nord-Süd-Ausrichtung deren Flächen nicht offen zu durchlaufen wären, da sie bestimmten Sicherheitsauflagen unterliegen. An der Stelle der Friedrich-Humbert-Str., gegenüber dem Oeversberg, sollte mitbedacht werden, dass dort ein Eingangsbereich geschaffen werden muss, der sich in die städtebaurechtliche Struktur integrieren lässt.

Die Begegnung von Stadt, Topographie, Parklandschaft und Wasser ist in Bremen-Nord einmalig. Diese Qualität gilt es weiterhin zu schützen und auszubauen. Neben der Schönebecker Aue, Am Bahnhofplatz ist dieses die nächste Verbindungsachse, die Bremen-Nord von Bremen-Stadt unterscheidet. Ein Stück Lebensqualität die sich in der städtebaulichen Struktur zeigen muss.

Für die Klärung dieser vielschichtigen Themen ist ein Zeitbedarf für die Planungsgrundlagen und für die Formulierung der Aufgabenstellungen erforderlich.

Herr Dornstedt fasst die wichtigsten Aussagen von Frau Geßner und Herrn Hafke als Kernaussage zusammen und steigt danach in die Diskussionsrunde ein:  
Für den Sport, als auch für die JUB werden zukünftig Flächen auf den Bereichen nördlich der JUB und auf dem Oeversberg bleiben, so dass die Sportvereine aktuell nicht mehr fürchten müssen, woanders hin verlagert zu werden.

Herr Degenhard zweifelt an, dass die bisherigen Ausführungen von den Anwesenden verstanden wurden. Seiner Ansicht nach werden Sachverhalte verkompliziert und unnötig in die Länge gezogen. Er bittet um Klärung, was konkret mit der Aussage gemeint ist, dass die JUB sich in Richtung Science Park hin orientieren werde.

1. Was will die JUB mit der 2 ha Fläche?
2. Wie orientiert sich die JUB zum Science Park? Er weist auf die Vorlage des Antrages der CDU hin, das Ganze zu tauschen und zu vereinfachen
3. Warum wird nicht alles so gelassen wie bisher? Das heißt, der JUB den Science Park und den Sportvereinen den Oeversberg.
4. Warum kann die JUB nicht verzichten und sich ganz auf den Science Park konzentrieren?
5. Die Grüne Achse geht mitten durch den Oeversberg, die ganze Aufteilung ist für ihn nicht nachvollziehbar.

Herr Prof. Hülsmann von der JUB nimmt Stellung:

Er verstehe den Wunsch, es einfacher haben zu wollen. Die Gespräche der letzten 12 Monate haben jedoch ergeben, dass sich die Planungsnotwendigkeiten aus hochbaulicher Sicht, aus der Sicht des Immissionsrechtes oder aus der Sicht des Naturschutzes, komplizierter darstellen als angenommen. Es ist eindeutig das Bemühen aller Beteiligten in diesem Prozess, den Sport auf dem Oeversberg zu belassen. Dazu bedarf es intelligenter Flächennutzungen, welche letztlich von Immissionsschutzgutachten abhängig sind. Die JUB ist integraler Bestandteil dieses Stadtteils und versteht sich auch so. Deshalb ist der JUB an einer Integration sowohl nach Norden wie nach Süden sehr gelegen. Eine Frage, die sich die JUB stellt ist, wie sie sich im Süden an die Aktivitäten andocken könnte, um eine Brücke bzw. Beziehung aufzubauen.

Herr Bullmann erklärt, dass die CDU einen Antrag auf den Tausch der Flächen gestellt hat, und froh ist, dass sich in dieser Richtung etwas tut. Mit dem, was heute in den Präsentationen vorgestellt wurde, ist er jedoch noch nicht ganz zufrieden. Die Sportvereine können jedoch erst einmal aufatmen. Er bezieht sich auf die vorgeschlagene Flächentrennung, auch hier hat sich die CDU die Frage gestellt, was mit den 2 ha geschehen soll. Wünschenswert wäre eine bessere Zusammenarbeit der JUB und der Sportvereine auf dem Oeversberg. Eine Sportanlage wächst mit seinen Nutzern. Ein Kompromiss seitens der JUB in Form einer gegenseitigen Nutzung der Sportanlagen wäre durchaus vorstellbar, wie auch die Bereitstellung von zusätzlichen Parkmöglichkeiten bei größeren Veranstaltungen. Er fragt nach, wie groß die Fläche des Science Park im Verhältnis zum Sportpark ist. Bisher wird in diesem Zusammenhang von 5,3 ha zu 7 ha gesprochen. Der Sport hat eine sehr wichtige Position und das muss beibehalten werden.

Frau Geßner nimmt Stellung:

Die Flächengrößen sind nicht 1 zu 1 vergleichbar. Der Science Park hat eine Fläche von knapp 40.000 m<sup>2</sup>. Die Osthälfte des Oeversberg ist bereits Eigentum der JUB und auf die Westhälfte besteht ein Optionsrecht. Insgesamt betreffen das 73.000 m<sup>2</sup>. Im Verhältnis sind das 73.000 m<sup>2</sup> gegenüber 40.000 m<sup>2</sup>, wobei es sich im Science Park um Nettoflächen und im Oeversberg um Bruttoflächen handelt. Frau Geßner bezieht sich auf die dargestellten

Beispielbilder von Herrn Hafke, wie die 2 ha auf dem Oeversberg, sowie eine Konzentration der Sportplätze aussehen könnten. Vorstellbar wären auch, dass sich die JUB in einer L-Form hin orientiert, sowie weitere Gestaltungsformen. Fragen der bestehenden Bedarfe und der Sanierungsaufwendungen von Sportanlagen sind Punkte, die in die konkreten Flächenplanungen mit einfließen müssen. Ziel ist es, diese Konkretisierungen unter Einbeziehung eines externen qualifizierten Städtebaubüros, innerhalb eines Beteiligungsverfahrens gemeinsam zu gestalten und zu organisieren.

Herr Prof. Hülsmann von der JUB nimmt Stellung:

Der Runde Tisch ist auf die Initiative der JUB entstanden, was die Kooperationsbereitschaft der JUB deutlich macht. Die JUB bietet Ihre Zusammenarbeit an. Als Beispiel nennt er, dass bei Veranstaltungen bereits Parkflächen, und innerhalb der Flüchtlingssituation die Sporthalle der JUB den Vereinen vom Oeversberg zur Verfügung gestellt wurden. Für die JUB ist es wichtig an diesem Standort nach allen Seiten verankert zu sein. Es besteht der Wunsch gemeinsam mit den Sportvereinen und den Nachbarn den Stadtteil zu gestalten. Die JUB muss jedoch auch den universitären Auftrag und Ihre wirtschaftlichen Interessen mit berücksichtigen. Der JUB ist an gemeinsamen Lösungen gelegen, die sowohl die einzelnen Bedürfnisse aber auch das gesamtwirtschaftlich tragfähige Modell berücksichtigen.

Herr Dr. Hartwig bedankt sich bei Herrn Hülsmann für die Kooperationsbereitschaft der JUB. Beklagt wird jedoch die Verlängerung der Zeitachse durch Hinzuziehen unabhängiger externer Experten. Er bezieht sich auf den Antrag der CDU auf den Flächentausch. Den Tausch von 73.000 m<sup>2</sup> minus 20.000 m<sup>2</sup> gegen 5.000 m<sup>2</sup> sieht er als problematisch an. Hier geht es um den Tausch von erschlossener Fläche gegen nichterschlossene Fläche. Als einen interessanten Aspekt sieht er den Teiltausch, welcher in die Arbeit des zuständigen Gremiums mit einbezogen werden sollte. Der Sport liegt ihm sehr am Herzen, ihm ist sehr daran gelegen, dass es zügig voran geht. Er fragt, ob es gewährleistet ist, dass der Sport, wie es in der Deputationsvorlage steht, in seiner bisherigen Form weiterhin den Oeversberg nutzen kann

Frau Precht nimmt Stellung:

Seitens der Senatorin für Sport besteht Einigkeit, dass der Sportbetrieb dauerhaft ermöglicht und die Sportnutzung unter Beachtung der Lösungsmöglichkeiten, weitergeführt wird. Die Kernbotschaft ist, dass die Sportvereine die bisherigen Flächen erst verlassen werden, wenn Ersatz fertig gestellt ist. Die Deputationsvorlage wird am kommenden Dienstag, 15. August 2017 der Deputation vorgelegt werden.

Herr Kiener fragt nach dem Unterschied der Lärmschutzemissionswerte zwischen dem reinen und dem allgemeinen Wohngebiet. Die Differenz der Lärmschutzemissionswerte betragen nach der Aussage von Herrn Hafke 5 dB und wird als Kriterium für den Aufwand des Lärmschutzes, der Verlagerung sowie der Nutzungsintensivierung gesehen. Herr Kiener versteht die Aufteilung nicht, da die Sportanlagen am reinen Wohngebiet liegen. Wieso wird hier nicht mit der JUB, die wahrscheinlich niedrigere Emissionswerte hat, getauscht?

Der Sportplatz / Schönebecker Str. wurde mit Wohnbebauung versehen und das Tauwerkgelände wird junge Leute anziehen. Hier kann mit Zulauf der Vereine gerechnet werden. Warum plant man nicht von vornherein einen zweiten Kunstrasenplatz für den Fußball, um somit eine höhere Auslastung zu gewährleisten?

Er sei froh, dass die JUB entgegenkommend und im Einklang mit der Bevölkerung nach einer Lösung sucht. Die Förderung des Sports ist mit Recht wünschenswert, dabei dürfen die eingetragenen Rechte der JUB jedoch nicht vernachlässigt werden. Wirtschaftliche Interessen und eingetragene Rechte sind bei uns ein hoher Wert. Er fordert von der Stadt, der JUB vernünftige annehmbare Angebote vorzuschlagen.

Frau Palicki sieht die JUB als einen großen wirtschaftlichen Vorteil für Vegesack-Grohn, aus dem bisher viele Kapazitäten weltweit hervorgingen. Sie begrüßt den Runden Tisch, ist jedoch skeptisch und empfindet vieles zu spekulativ. Trotz aller wirtschaftlichen Rechte sei ausreichend Platz auf dem Universitätsgelände.

Aufgrund der fehlenden Aussage, was die JUB mit den 2 ha vorhat, mutmaßt Herr Riskalla, dass diese Fläche für die JUB nur einen wirtschaftlichen Nutzen hat, z. B. als ein Kollateral für Ihre Kreditwürdigkeit.

Für Herrn Pörschke wäre ein wirtschaftlicher Grund durchaus legitim. Er weist darauf hin, dass Verwaltung häufig die Aufgabe hat, politische Fehlentscheidungen zu korrigieren, was langfristige und komplizierte Prozesse nach sich ziehen kann. Er erinnert an ehemalige Zukunftsplanungen, zum Höhepunkt des ersten Aktienbooms, für den Oeversberg. Demnach sollte ein Science-Park mit Clusterbildung universitärer Ausgründungen entstehen sowie die Schaffung von Arbeitsplätze in drei bis vierstelliger Größenordnung. Die Grundlagen dieser Planungen sollten durch die Absicherung der Flächen auf dem Oeversberg geschaffen werden. Der Konflikt mit dem Sport war absehbar und wurde damals in die Zukunft vertagt. Die JUB benötigt Sicherheiten um das eigene Haus solide finanziell führen zu können. Deswegen kann auf Vertragsrechte nicht ohne weiteres verzichtet werden. Die Politik steht vor der Aufgabe den Sport zukünftig abzusichern.

Die Sportanlage auf dem Oeversberg ist aufgrund des jahrelangen Stillstandes in einem teils sehr marodem Zustand. Dieses betreffe z. B. die Umkleiden, die Zuwegungen, die Aufbewahrungsräume für Geräte, die Tribünen etc. Hier bedarf es dringender Modernisierungen. Er befürwortet den Vorschlag zwei, statt nur einen Kunstrasenplatz zu schaffen. Kunstrasenplätze seien mittlerweile die Standardform im Fußballsport.

Jede baurechtliche und planungsrechtliche Veränderung löst Rechtsfolgen aus, unter Umständen von Anwohner, die dem Sport nicht positive gegenüber stehen. Dieses sind die Punkte, über die man im Hintergrund reden muss. Vorausgesetzt einer Ergänzung, befürwortet Herr Pörschke den Antrag der CDU. Ihm erschließt sich noch nicht, ob die CDU den vorgeschlagenen Tausch des größten Flächenteils, maßgeblich unterstützt und nur die Beschleunigung der Vorgehensweise forciert, oder einen kompletten Flächentausch befürwortet. Ein kompletter Flächentausch würde der Jakobs Uni den Zugriff auf die 2 ha nehmen. Unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten sind im Beschluss zu vermeiden.

Im Rahmen des politischen Rechtes wünscht er sich konkretere Informationen, was die JUB mit den Flächen plant. Auf der anderen Seite sieht er jedoch auch das Vertragsrecht der JUB auf die Flächen.

Herrn Degenhard ist die Flächennutzung noch unklar und fragt, ob er folgende Flächenverteilung richtig verstanden hat:

- 4 ha Fläche mit Orientierung zum Science Park
- 7,3 ha Gesamtfläche Oeversberg
- 5,1 ha davon sportlich genutzt
- Auf den westlichen Teil wurde seitens der JUB bereits verzichtet

Frau Geßner klärt auf, dass es formal noch keinen Verzicht auf den Westteil gibt. Die Verzichtserklärung seitens der JUB wurde damals am Runden Tisch diskutiert, ob dieses städtebaulich sinnvoll ist muss jedoch noch geprüft werden. Seitens der JUB wurde signalisiert, dass sie ca. 2 ha Weiterentwicklungsmöglichkeiten auf dem Oeversberg haben möchte. Es geht darum, einen Flächentausch vorzubereiten, der erst abgeschlossen werden kann, wenn gemeinsam geklärt wurde, wo die Flächen am geeignetsten platziert sind.

Herr Degenhard fragt, ob im Science Park noch zusätzliche 3 ha vorhanden sind, um auf die 7 ha zu kommen oder ob das Areal des Science Park insgesamt aus nur 4 ha Fläche besteht. Frau Geßner klärt auf, dass der Science Park, einschließlich des Blauen Dorfes, tatsächlich nur eine Fläche von knapp 4 ha aufweist.

Herr Dr. Hartwig schlägt vor, den CDU Antrag so abzuwandeln, in dem der Beirat das Wirtschaftsressort bittet, zusätzlich den Tausch der beiden Liegenschaften mit in Betracht zu ziehen, vorausgesetzt die JUB zeigt sich damit einverstanden. Er hat verstanden, dass wirtschaftliche Interessen zu Recht bestehen. Dieses bedeutete entweder, einen hohen oder einen geringen Wert für die entsprechende Liegenschaft, und das hat u. a. Einfluss auf die Kreditwürdigkeit eines Wirtschaftsunternehmens. Herr Hartwig bittet die JUB, sich diesbezüglich zu äußern.

Herr Riskalla findet es merkwürdig, dass die JUB sich bisher bedeckt hält, wofür sie das 2 ha Grundstück benötigt. Er gibt nochmals zu bedenken, dass die Flächen unterschiedliche Werte aufweisen. Die Gesamtfläche solle, so wie sie jetzt ist, mit der jetzigen Nutzung beibehalten werden und die JUB solle sich mit der höherwertigen Fläche, die sie bereits hat zufrieden geben.

Publikumswortmeldungen:

Herr Prof. Witt befürchtet, dass sich Anwohner und Lernende aus den Forschungsabteilungen der JUB, aufgrund des erhöhten Lärmpegels durch den Sport, gestört fühlen könnten. Dieses könnte zukünftig zu Einschränkungen bei Sportveranstaltungen führen.

Herr Hülsmann nimmt Stellung:

Zu den Planungen der JUB gehören, wie für jedes andere Wirtschaftsunternehmen notwendige Ressourcen. Er erklärt, dass für die wirtschaftliche Entwicklung einer wachsenden Universität, welche sich auf einem gesunden Pfad befindet, Grundstücke ein legitimes Aktivum in der Bilanz sind. Die JUB erklärt ihre Absicht, den Oeversberg weiterhin als Ort des Sportes stützen zu wollen und sich in diese Entwicklung einzubringen. Nicht gesagt werden kann, um welche 2 ha es sich handelt und wie der Wert dazu aussieht

Herr Hafke nimmt das Thema Lärm auf und erklärt, dass hier Planungsrechte geschaffen, und Fragen zum Lärmschutz geklärt werden müssen. Es können nur Nutzungen nebeneinander festgesetzt werden die funktionieren, und dass möglichst ohne Einschränkung für den Sportbetrieb. Diese komplexe Aufgabe gilt es zu lösen.

Herr Dahlke aus dem Publikum interessiert, ob die Daten, 2018 für den östlichen Teil und 2025 für den gesamten Bereich weiterhin aktuell sind und in die Gesamtplanung mit einfließen.

Frau Geßner nimmt Stellung:

Der östliche Teil gehört der JUB bereits. Die JUB hatte sich damals vertraglich gebunden, dass die Sportvereine auf der östlichen Fläche noch bis 2015 verbleiben können. Im Laufe der weiteren Jahre nach Abschluss dieses Kaufvertrages wurde dieses Recht seitens der JUB auf Ende 2018 verlängert. Im Zuge des Runden Tisches wurde festgehalten, dass die Sportvereine so lange auf dem Gelände verbleiben bis ein Erhalt der Sportanlagen auf dem Gelände organisiert wurde, so dass die Sportanlagen zur Zeit überhaupt nicht mehr in Frage gestellt werden. Für die Westhälfte hat die JUB ein Optionsrecht, auf das sie 2025 zurückgreifen kann

Herr Dornstedt fasst kurz zusammen:

Es ist offenkundig geworden, dass alle Beteiligten, abweichend von den bisherigen rechtlichen Regelungen und auch abweichend, einerseits von dem Optionsrecht 2025 auf die

Westhälfte und abweichend von der bisherigen vertraglichen Situation, die die JUB zur Eigentümerin der Osthälfte bereits gemacht hat, Diskussionen darüber führen werden, mit dem Ziel, den Sport auf dem Oeversberg zu lassen und für die JUB Ersatzflächen zu schaffen, die zu einem auf der Nordhälfte im Science Park liegen und zum anderen teilweise auch auf dem Oeversberg auf Flächen, die für den Sport dann nicht mehr genutzt werden.

Herr Kasper, 2. Vorsitzender des Kreissportbundes Bremen-Nord und Vertreter am Runden Tisch(Publikum) weist darauf hin, dass, seit der Grundstückstauschvertrag im Jahre 2010 stattfand, die Sportler warten und bangen, dass diese Problematik angegangen wird. Die Sportvereine wissen nicht, wie sie mit Ihren Instandhaltungsmaßnahmen bzw. Erneuerungen umgehen sollen, wenn der Sport in Zukunft verlagert werden würde. Finden bisherige bzw. zukünftige Investitionen der Sportvereine Berücksichtigung? Er stellt fest, dass der Antrag des Beirates Vegesack auf Planungsmittel für Sanierung und Instandhaltung auf dem Oeversberg in der Haushaltsaufstellung nicht berücksichtigt wurde, und fordert auf, dieses in der nächsten Haushaltsaufstellung mit zu berücksichtigen. Herr Kasper fragt die JUB, wann die 2 ha tatsächlich benötigt werden und bittet Überlegungen anzustellen, diese woanders als auf den Oeversberg zu platzieren, wie z. B. im Grohner oder nördlichen Teil. Daneben gäbe es noch Optionsflächen, die 2025 /2030 zur Verfügung stehen würden. Er mutmaßt, dass für die 2 ha sowieso innerhalb der nächsten 2 Jahre seitens der JUB kein Planungsrecht zur Bebauung durchsetzbar wäre.

Herr Kasper wohnt selber nah am Oeversberg. Bezüglich des Lärms, sind ihm bisher keinerlei Beschwerden seitens der Bevölkerung bekannt. Deswegen stellt er den kosten-aufwendigen Lärmschutz, mit vorherigen Gutachten in Frage. Er fordert auf, den Sport so zu belassen wie bisher. Bei weiteren Runden Tischen bringen sich die Sportvereine mit Ihrem Fachwissen, gerade was die BMX-Bahn angehe weiterhin gerne mit ein.

Herr Hülsmann und Herr Langer verlassen die Sitzung, aufgrund eines Anschlusstermins.

Herr Hafke macht darauf aufmerksam, dass begrenzte finanzielle Möglichkeiten und Handlungsrahmen der Stadtgemeinde, nicht ohne weiteres eine Planung der 2 ha an anderen Orten erlauben. Als weiterhin positives Ergebnis sieht er, dass die Stadt eingesteht, dass die geplante Nordentwicklung; (bei der ehemals eine Science Park Entwicklung und Anfang letzten Jahres noch im Beirat eine Planänderung vorgesehen war, daran festzuhalten, das dort Gewerbeflächen und keine andere Entwicklungsflächen möglich sein sollten), von damals nicht erfolgreich war und nun nach einer anderen Entwicklungsmöglichkeit, im Sinne des Oeversberg, umgeschaltet werden soll. Dieses sei eine Qualität, die es gilt festzuhalten. Richtig sei, dass die jetzige Sportfläche von 7,3 ha mit einer tatsächlichen Nutzung von z. Z. 5,1, mit den zukünftigen 5,4 ha weniger Entwicklungspotential hat. Bedacht werden sollte, dass Stadt immer ein Stück Kompromiss und das Suchen und Finden neuer Zusammenspiele der Flächen bedeute.

Frau Brand, bittet darum, die Stiftung Haus Seefahrt, dessen Wohnungen wahrscheinlich alte und schlechtgedämmte Fenster haben, mit in die Planungen zu integrieren.

Herr Jens Mühlner von der Petitionsinitiative „Sport auf dem Oeversberg“ und Vertreter des BMX-Clubs am Runden Tisch, weist darauf hin, dass der am 6.04.2017 im Beirat beschlossene Sanierungsbedarf nicht aus den Augen verloren werden darf und absolut vorrangig sei. Man war sich mit der JUB und den Vereinen schon vor Beginn der Runden Tische einig, dass Eilbedarf besteht. Die nacheinander vereinbarten Fristen, wann Ergebnisse benötigt werden, wurden bisher jedoch völlig ignoriert. Der Zeitplan von 2 Jahren liegt außerhalb des Rahmens, die der Oeversberg und die Vereine tragen können. Den heutigen Antrag Herr Mühlner plädiert dafür, den Oeversberg für Grenze, Sport und Grünflächen zu erhalten und in Modernisierungsmaßnahmen zu investieren, statt diesen mit

großen Planungs- und Umbauaufwand neu zu gestalten. Das würde der Stadt viel Geld sparen.

Er stellt die Frage, ob über die Grohner Fliesen, dem großen Gelände, welches irgendwann zur Verfügung steht, gesprochen wurde und ob dieses eine ausreichende Option für die JUB wäre.

Herr Ingendahl vom BMX Club beklagt den Stillstand der Verhandlungen. Es gibt keine Planungssicherheit für die Vereine und das eingesetzte Geld für Instandhaltungen der Bahn. Eine längerfristige Planung ist nicht möglich immer nur von einem geflickten Loch zum Nächsten. Er weist auf das Problem der Aufrechterhaltung des Sportbetriebes ohne Investitionssicherheit hin. Die Flächen sind offen und es gibt Schäden durch Vandalismus. Es gibt keine Sponsorengelder weil nicht geklärt ist für welchen Zeitraum geworben werden kann. Die geplante Komprimierung der Flächen verschärft die Probleme bei Großveranstaltungen (fehlende Parkplätze und Übernachtungsmöglichkeiten). Herr Ingendahl fragt, wie groß der Flächenausgleich/-bedarf ist, den die JUB auf dem Oeversberg zu verlieren hat. Was ist mit dem Optionsrecht? Auf dem Plan läuft eine gelbe Linie mitten durch die BMX Bahn. Er fragt was mit dem Optionsrecht der JUB ist.

Frau Geßner erläutert den IST-Stand der Flächen:

4 ha entsprechen der Fläche des Science Parks, incl. des blauen Dorfes  
7,3 ha Fläche Oeversberg, wovon 3,9 ha Ost Eigentum der JUB ist  
1,9 ha Fläche West mit Optionsrecht der JUB

Herr Hafke erläutert, dass der Oeversberg größer ist als 7,3 ha. Es sind auch ordnungsgemäß öffentliche Grünflächen, die in der Vergangenheit bereits als Zeltlager genutzt wurden.

Herr Dornstedt erläutert den CDU Antrag und Beiratsbeschluss vom 06.04.2017  
Der Antrag sieht einen schlichten Tausch zwischen Oeversberg und Science Park vor.

***Der Beirat Vegesack begrüßt, dass sowohl die Interessen des Sports als auch die der JUB in der Planung Berücksichtigung finden. Der Beirat Vegesack stellt fest, dass der Sport und die JUB Verlässlichkeit für die Zukunft benötigen. Die erforderlichen Flächen für die Ausübung des Sports sind bereitzustellen. Bestehende Sanierungsbedarfe sind zu befriedigen. Die erforderliche Bauleitplanung ist auf den Weg zu bringen. Die erforderlichen Planungs- und Realisierungsmittel müssen zeitnah bereitstehen. Die betroffenen Sportverbände und Sportvereine sind in den Planungsprozess frühzeitig zu beteiligen.***

Wenn der Beirat den CDU Antrag beschließt, hätte dies zur Folge, dass der Beirat selbst hinter seinen Beschluss von April zurückgeht.

Herr Bullmahn trägt den CDU Beiratsantrag vor, welcher schriftlich ausgearbeitet nachgereicht werden wird:

***Antrag zur Erhaltung der Sportanlage Oeversberg sowie einer in der Folge möglichen Erweiterung der Jacobs Universität. Der Beirat Vegesack begrüßt ausdrücklich die Ausführungen der Referentin Frau Geßner. Hinsichtlich des geplanten Flächentauschs vom Oeversberg und der im Norden Science Park befindlichen Fläche. Der Beirat bekräftigt den Beschluss vom 6. April 2017. Der Beirat gibt noch zu bedenken, dass die Fläche im vollen Umfang des Sportparks für die Sportanlage weiter und sofort nutzbar ist***

Zur Klarstellung einer gemeinsamen Geschäftsgrundlage erläutert Herr Dornstedt den Hinweis von Herrn Mühlner: Die Flächentausch- oder anderen Grundstücksmaßnahmen wurden zwar am Runden Tisch besprochen, es wurden jedoch keinerlei einvernehmliche Beschlüsse gefasst.

Herr Bullmahn ergänzt den CDU Antrag:

***Der Oeversberg muss und soll an dieser Stelle erhalten bleiben, da es keine Alternativflächen gibt. Die Jacobs Universität kann mit dem Tausch verlässliche Planung auf dem Science Park Gelände fortführen und die JUB zeitnah erweitern. Aus sozialer und wirtschaftlicher Sicht ist dieser Geländetausch richtig und erforderlich.***

Herr Dornstedt kündigt an, dass die Präsentation von Frau Geßner als Anlage zum Protokoll genommen wird.

Herr Degenhardt bringt zum Ausdruck, dass die Bürger in Wut es generell begrüßen, dass die JUB in Vegesack-Grohn ansässig ist. Darüber hinaus jedoch, drückt er sein Unverständnis gegenüber den bisherigen Äußerungen der Referenten aus. Er strebt weitere Sitzungen in ca. 2 – 3 Monaten an, in denen die Dinge klar konkretisiert und auf den Punkt gebracht werden sollen. 3,9 ha Ost Fläche gehören heute der JUB und mit dem Optionsrecht würde 2025 der Westteil dazukommen. Er vermutet, dass die JUB, als Wirtschaftsunternehmen die Nutzung der Flächen in Rechnung setzten und demnach Einnahmen erzielen wird. Warum soll die JUB dann noch einen Ausgleich bekommen? Des Weiteren fragt er, was unter Option 2025 genau zu verstehen sei. Wäre es demnach denkbar, dass das Gelände dann veräußert werden könnte?

Herr Dornstedt nimmt Stellung und bezieht sich auf die heutigen Präsentationen, die erkennen lassen, dass der Beirat und die Öffentlichkeit im gesamten Prozess mehrfach beteiligt gewesen waren und auch zukünftig beteiligt werden. Das bedeutet weiterhin ein transparentes Verfahren, innerhalb dessen die eingeforderte Beiratssitzung, auch nach den Vorstellungen der Behördenvertreter, stattfinden wird.

Der Antrag der CDU wird abgestimmt:

***Der Antrag wird mit 3 Enthaltungen vom Beirat Vegesack beschlossen.***

#### **Tagesordnungspunkt 4**

##### **Kita Versorgung im Stadtteil**

Herr Dornstedt gibt einen Gesamtüberblick:

Der Beirat Vegesack hat sich in seiner Sitzung am 9. Februar 2017 mit der Kitaversorgung im Stadtteil befasst. Seinerzeit hatte er dem Aufstellen von Containern an den Standorten Beckedorfer Str. und Fährer Flur zugestimmt. Überdies hat der Beirat noch weitere Positionen mit den Buchstaben A bis K beschlossen, unter anderem zu dem endgültigen Bau der Kita am Sportplatz Fährer Flur, zu dem heute ein Sachstandsbericht erwartet wird.

Darüber hinaus ist dem Ortsamt vom Senator für ‚Soziales, Jugend Frauen, Integration und Sport, eine Vorlage an den Unterausschuss der Deputation für Kinder und Bildung übersandt worden, aus der hervorgeht, dass, drei weitere Kitas in Vegesack, an folgenden Standorten, gebaut werden sollen. Dieses verbunden mit der Aufforderung einer Stellungnahme des Beirates Vegesack bis zum 29.08.2017

- a) Friedrich-Humbert-Str 158
- b) Grohner Bergstr. 7
- c) Dobbheide 90

Frau Pauluhn wird gebeten über den Sachstand der o. g., sowie zu weiteren Standorte zu berichten, wie unter anderem:

- d) Container Beckedorfer Str.
- e) Container Fährer Flur
- f) Ullrichs Helgen

Frau Pauluhn verteilt die schriftliche Zusammenfassung „Kindertagesbetreuung in Vegesack“<sup>2</sup>

- Die Grundlage der Planung beruht auf der Bevölkerungsvorausberechnung bis 2020 des statistischen Landesamtes Bremen, Stand August 2016
- Neubaugebiete im Stadtteil bis 2020 vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, Stand Oktober 2016
- a) An der Beckedorfer Str. ist ein Mobilbau für zwei Krippengruppen eingerichtet worden. Der Betrieb startet, nach morgiger Einweihung am Montag, den 14.08.2017
- b) Im Am Fährer Flur, fand der erste Elterninformationsabend statt. Dort entstehen vier Gruppen, zwei Krippen- und zwei Kindergartengruppen. Der Betrieb startet an diesem Standort am 01.09.2017

Zur Erreichung der Zielversorgungsquote im Stadtteil, benötigt Vegesack 21 Gruppen:

KGJ 2016/2017:

- Zwei Kindergartengruppen wurden realisiert:  
Schönebecker Schulzwerge & Villa am Löh

KGJ 2017/18:

8 Gruppen weitere Gruppen sind geplant:

- 2 Gruppen im Waldorfkindergarten, nach Informationen des Trägers werden diese voraussichtlich im Januar / Februar 2018 ihren Betrieb aufnehmen.
- 6 Gruppen im Rahmen des Sofortprogramms Mobilbaus:
  - a) An der Beckedorfer Str. ist ein Mobilbau für zwei Krippengruppen eingerichtet worden. Der Betrieb startet am 14.08.2017
  - b) Am Fährer Flur, fand der erste Elterninformationsabend statt. Dort entstehen vier Gruppen, zwei Krippen- und zwei Kindergartengruppen. Der Betrieb startet an diesem Standort am 01.09.2017

Diese Gruppen sind als Vorlauf zu betrachten, und werden wieder abgebaut, nachdem die bis 2020 anstehenden Projekte wie folgt fertiggestellt sind:

- Neubau am Fährer Flur mit 6 Gruppen (4+2 Zusätzliche)
- Erweiterung am Kinder- und Familienzentrum Hammersbeck um 2 Gruppen

---

<sup>2</sup> Anlage „Kindertagesbetreuung in Vegesack“

KGJ 2017/18:

Durch den Ersatzbau für das KuFZ Lobbendorf an der Straße Ulrichs Helgen entsteht eine zusätzlich Krippengruppe.

Um die Zielversorgungsquote zu erreichen, sind für 8 weitere Gruppen bauliche langfristige Lösungen notwendig, vor allem in den Ortsteilen Grohn und Aumund-Hammersbeck. Der Unterausschuss der Deputation Frühkindliche Bildung hat am 8. August 2017 die Empfehlung des Fachreferates Kindertagesbetreuung zur prioritären Umsetzung einer 4-Gruppen Kita jeweils an der Dobbheide (Träger Fröbel) und an der Grohner Bergstraße (Träger Caritas Nord) zur Kenntnis genommen. Die Deputation Frühkindliche Bildung wird daher am 6. September 2017 darüber abstimmen.

Sollte die Deputation dieser Empfehlungen zustimmen, hat die Caritas erklärt, dass 2 Gruppen bis Ende des Jahres den Betrieb aufnehmen können und 2 weitere Gruppen können zum Start des nächsten Kindergartenjahres folgen. Mit der Fertigstellung am Standort Dobbheide wird voraussichtlich zum KGJ 2018/2019 gerechnet. Bis Ende des Jahres werden neue Zahlen vom statistischen Landesamt Bremen für die Bevölkerungsvorausberechnung auf Stadtteilebene vorliegen. Nach neuer Bewertung werden dann die Planzahlen ggf. angepasst.

Herr Riebau fragt nach der Verfügbarkeit von Erzieherinnen und danach, ob Fährer Flur erst 2018 in Betrieb gehen wird, und, ob mit dem Festbau erst 2020 begonnen wird.

Frau Pauluhn:

Der Mobilbau Fährer Flur wird mit 4 Gruppen am 01.09.2017 den Betrieb aufnehmen. Der geplante Festbau wird voraussichtlich in 2 – 3 Jahren fertig sein.

Herr Fahsing merkt an, dass der Festbau Fährer Flur bereits mit der Ansiedlung der ZAST versprochen wurde.

Werden zur Personalaufstockung die Vertreterreserven aufgelöst? In diesem Fall fehlen dann die Vertretungen in Ihrer Vertretungsfunktion.

Aufgrund diverser Baugebiete, z. B. Aumunder Wiesen sind höchstwahrscheinlich mit weiteren ca. 30 – 50 neuen Kindern zu rechnen. Dieses würde zu starken Belastungen, besonders an den Kitas Beckstr. und Grohn führen.

Frau Pauluhn:

Das Wohngebiet Aumunder Wiesen ist inkludiert in der Bevölkerungsvorausberechnung bis 2020, das gab den Ausschlag den Bau an der Dobbheide 90 voran zu treiben.

Frau Tunc fragt nach dem Vorhandensein von Küchen in den Mobilbauten oder, ob die die Kitas mit Essen beliefert werden.

Frau Pauluhn: In den Mobilbauten ist keine Vollküche vorhanden. Die Essenversorgung wird durch eine Verteilerküche erfolgen.

Frau Lawker (Kitaleitung Schönebeck und kommissarisch Fährer Flur)

Bestätigt die Ausführung von Frau Pauluhn, dass am 01.09.2017 mit allen 4 Gruppen gestartet wird. Die bisherige Personaldecke sei tatsächlich noch unzureichend. Die bisherigen Vertretungskräfte werden auf die Container verteilt, dieses ist für die erstmalige Grundversorgung notwendig. Der Vertretungspool muss dann wieder aufgefüllt werden.

Frau Selting fragt, ob in der Friedrich-Humbert-Str. eine weitere Einrichtung eröffnet wird und wer dort Träger ist.

Frau Pauluhn:

Zur Erfüllung der Zielvereinbarungsquote wurden 4 zusätzliche Gruppen an der Grohner Bergstraße geschaffen. Sollte sich, durch die anzupassende Planung darüber hinaus ein Bedarf abzeichnen, kann es sein, dass auf andere Interessenbekundungen, wie die vom SOS Kinderdorf, zurückgreifen wird.

Herr Dornstedt erklärt, dass sich aus der Vorlage, die ihm vorliegt, für die Friedrich-Humbert-Str. 158, Träger SOS Kinderdorf ein Betriebsbeginn im August 2019 ergibt.

Frau Tannenhäuser aus dem Publikum fragt nach dem Stand der Aufwertung des Bolzplatzes (Ludwig-Jahnstr.), die als Ersatz für den nicht mehr vorhandenen Gummiplatzes beschlossen wurde.

Frau Tunc fragt Frau Lawker, mit wieviel Gruppen im Fährer Flur gestartet wird.

Frau Lawker:

Es wird mit 2 Krippengruppen und 2 Elementargruppen gestartet. In den nächsten 14 Tagen wird zusätzliches Personal dazukommen.

Frau Kuhl-Kruse (Kitaleitung Haus Windeck), sieht aufgrund der hohen Anmeldezahlen keine Möglichkeit alle Kinder unterzubringen. 50 Kinder mussten an den Senator für Kinder und Bildung / Frau Pauluhn abgegeben werden. Bisher gab es keine Rückmeldungen, wie viele Kinder davon verwaltungsmäßig einen Kita-Platz bekommen haben. Erfahrungsgemäß fragen Eltern nach den Ferien vermehrt nach den zugesicherten Kindergartenplätzen.

Vielen Fünfjährigen reicht es nicht, wenn sie erst in 2 Jahren einen Platz bekommen. Sie verweist auf die Caritas Kita, die demnächst eröffnet wird, ist sich jedoch nicht sicher, ob dort alle Kinder untergebracht werden können.

Frau Pauluhn bezieht sich auf die stichtagsbezogene Auswertung vom 03.08.2017, welche wöchentlich wiederholt wird wie folgt:

Für das Kindergartenjahr 2017/2018 liegen Vegesack 111 Anmeldungen vor, deren Eltern einer Weitergabe der Anmeldung zustimmten und somit die Senatorin für Kinder und Bildung bitten, sie bei der Vermittlung einer Betreuungsmöglichkeit ihrer Kinder zu unterstützen.

56 Fälle sind mittlerweile abgeschlossen, weil die Eltern aus verschiedensten Gründen keine Bedarfe mehr haben. 55 Fälle sind noch offen. Die Eltern wurden angeschrieben, um sie zu informieren, wo sich ihre Anmeldung befindet und an wen sie sich bei Fragen wenden können, wie z. B. die Kita-Hotline Bremen. Von 31 Fällen wurde der Bedarf durch die Eltern bestätigt. Bei der Besetzung einzelner freier Plätze findet das Aufnahme-Ortsgesetz Anwendung. Demnach wird geprüft, welche Kinder die meisten Kriterien erfüllen, aufgenommen zu werden.

Herr Dornstedt fragt, was mit den anderen 24 Kindern ist.

Frau Pauluhn:

Für die restlichen 24 Kinder gab es aus unterschiedlichen Gründen noch keine Rückmeldungen. Hier kann es sein, dass diese erst angeschrieben wurden und die Rückmeldungen noch erfolgen werden. In manchen Fällen kann es sein, dass der Inhalt des Schreibens von den Eltern nicht verstanden wurde, und teilweise nutzen Eltern bestehende Kontakte um bei der Suche selber aktiv zu werden.

Frau Selking erklärt, dass manche Eltern in der Kita vorbei kommen, weil sie das Schreiben als Bewilligung des Kindergartenplatzes verstanden haben. Diesen Eltern muss dann erklärt

werden, dass es sich nur um eine Anfrage handelt, welche unbedingt ausgefüllt, und wieder zurückgeschickt werden muss. Hier geben die Mitarbeiter der Kitas beim Ausfüllen bereits Hilfestellung und leiten die Rückmeldungen direkt über die Hauspost weiter. Darüber hinaus gibt es noch die nicht deutsch sprechenden Eltern und Eltern die nicht lesen und schreiben können. Diese zeigen keinerlei Reaktion auf das Schreiben. Welche Möglichkeiten der Verbesserungen gibt es um diese Eltern zu erreichen?

Frau Pauluhn, bestätigt die Notwendigkeit das Verfahren verbessern zu müssen. Für dieses KGJ wurde das Anschreiben bereits modifiziert, was auch im nächsten KGJ fortgeführt werden wird.

Die Verfahrensweise, nur die Kinder in die Vermittlung vorzuschlagen, deren Eltern geantwortet haben hat sich als vorteilhaft ergeben. Die Erfahrung hat gezeigt, dass bei Vermittlung aller Kinder, auch ohne Rückmeldungen, spätestens bei Zusage eines Kindergartenplatzes, keine Antworten kamen.

Herr Degenhard fragt, wie viele Listen es bei den Vermittlungen gibt.

Frau Pauluhn weist auf das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern hin, dadurch kann es passieren, dass es unterschiedliche Listen gibt.

Frau Evers von der Kita der evangelischen Gemeinde Vegesack  
Wann fällt die Entscheidung des 21. Kindes in Kitagruppe?

Frau Pauluhn:

Die Aktuellen Gruppen werden mit 20 im Elementarbereich und mit 10 in der Krippe geplant. Weitere Informationen liegen aktuell nicht vor.

Herr Dornstedt ruft die einzelnen Kitas auf, um zu klären, ob noch weitere Fragen offen sind:

1. Beckedorfer Str. Containerbauten: Keine Fragen.
2. Kita Ulrichs Helgen  
Herr Fahsing erwähnt, dass in der Sporthalle ein privater Betreiber eine Kita errichten wollte.  
Frau Pauluhn klärt auf, dass an dieser Stelle der Ersatzbau für das Kinder- und Familienzentrum Lobbendorf mit KITA Bremen entsteht
3. Container / Neubau Fährer Flur: Keine Fragen

***Herr Dornstedt stellt fest, dass der Beirat seinen Beschluss bekräftigt, die Planungen für den Standort Fährer Flur, für den endgültigen Bau der Kita Fährer Flur, dem Beirat rechtzeitig vorzustellen sind.***

4. Kita Hammersbeck Beckstraße: Keine Fragen
5. Friedrich-Humbert-Str. 158 SOS Kinderdorf: Keine Fragen
6. Grohner Bergstr. 7 Caritas: Keine Fragen
7. Dobbheide 90 Fröbel:

Herr Armin Bauer (Leiter Kita Flintacker) weist auf stets steigende Bedarfe hin, die u. a. aufgrund der stark gestiegenen Zahlen der Flüchtlinge, welche Wohnungen die

im Hühnertshagen und in der Gärdesstraße aufgenommen wurden. Jeden Tag kommen erneut Familien in die Kita und erkundigen sich nach Betreuungsmöglichkeiten. Hier dringenden Handlungsbedarf.

Herr Dornstedt informiert, dass es sich am Standort Dobbheide 90 um die alte Tennishalle und am Standort Friedrich-Humbertstr. 158 um die ehemalige, abgerissene „Rattenburg“, handelt.

Es wird die Frage nach Erweiterungsmöglichkeiten, wie z. B. eines Sportplatzes gibt, Herr Bauer führt an, dass Flächen für Container vorhanden sind. Die Kita Flintacker hat 30 Kinder auf der Warteliste, die es gilt unterzubringen.

Herr Dornstedt macht folgenden Beschlussvorschlag:

**Der Beirat fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen,**  
**1. um sämtliche Kinder, die einen Bedarf im Stadtteil Vegesack haben mit den erforderlichen Kita Plätzen zu versorgen.**  
**2. Das Angebot aufzunehmen und zu prüfen ob an der Kita Flintacker die temporäre Aufstellung von Containern zusätzlich für Entspannung sorgen kann. Die Ausführungen der Senatorin für Kinder und Bildung werden zur Kenntnis genommen.**

**Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.**

## **Tagesordnungspunkt 5**

### Beschluss des Beirates zur Verwendung des Stadtteilbudgets 2016 / 2017

Herr Dornstedt stellt fest, dass die neue Verantwortung des Beirates mit Geldern, wie mit dem Stadtteilbudget umzugehen, eine besondere Verantwortung ist, der man sich gewissenhaft und verantwortungsvoll stellt und stellen muss, weil es dazu führt bestimmten Bedarfen zu folgen, aber auch begründet werden muss, warum Bedarfen nicht entsprochen werden kann.

Auf der anderen Seite müssen auch die Behörden, in diesem Falle das Amt für Straßen und Verkehr, einen neuen Umgang lernen. Der bedeutet, nicht nur das umzusetzen, was am Runden Tisch beschlossen wurde und darüber hinaus Beiratsbeschlüsse zwar als gut zu befinden, jedoch aufgrund mangelnder Gelder nicht umzusetzen.

Erfreulicherweise ist der Beirat nun in der Lage, die Umsetzung der Beschlüsse mit den notwendigen Geldern zu hinterlegen.

Im Frühjahr wurde im Beirat beschlossen im Bereich Schafgegend an einer Treppenanlage eine Rampe anzubringen, damit Fahrräder und Rollstühle leichter die Treppe queren und passieren können.

Hierzu gab es mit dem Amt für Straßen und Verkehr letzte Woche ein Gespräch vor Ort. Welches zum Ergebnis hatte, dass das ASV vor der neuen Verpflichtung stand, durch die Hinterlegung der Mittel im Beschluss, diesen auch umzusetzen.

Nach intensiven Diskussionen, sowohl im Beirat, aber auch im Verkehrsausschuss und im letzten Sprecher- und Koordinierungsausschuss hat dieses Gremium verabredet, dem Beirat folgende Beschlussvorlage vorzulegen:

**Der Beirat Vegesack beschließt das Stadtteilbudget 2016 und 2017 für den Stadtteil Vegesack in Höhe von 58.727,-- Euro pro Jahr vorrangig für die Erstellung von Fußgängerüberwegen ohne Blindenleiteinrichtung (Zebrastreifen) zu verwenden. Dies soll in folgenden Straßenbereichen umgesetzt werden:**

- **Hammersbecker Str., in Höhe Durchgang Blumenhorster Straße**
- **Vegesacker Bahnhofplatz in Richtung Maritime Meile bzw. Fußgängerzone**
- **Im Bereich Kirchheide, Höhe Polizeirevier Vegesack**
- **In der Hammersbecker Straße, Höhe Einmündung Löhstr. / Haltepunkt Nordwestbahn (s. auch Bürgerantrag TOP 1)**

**Die Angelegenheit ist dem Ausschuss zur Beratung von Straßen, Verkehrs- und Marktangelegenheiten des Beirates Vegesack zur inhaltlichen Beratung mit den Fachbehörden und zur abschließenden Entscheidung überwiesen werden. Das Ergebnis ist dem Beirat Vegesack mitzuteilen.**

Zur Begründung: Aus zahlreichen Vorschlägen und Bürgeranträgen der Bewohner des Stadtteils Vegesack sowie aus der umfangreichen Resonanz aus dem Projekt ZZV (Zukunft Zentrum Vegesack) erkennt der Beirat das Erfordernis an den oben genannten Stellen das gefahrlose Überqueren der Straßen zu verbessern, Das dem Beirat Vegesack zur Verfügung stehende Stadtteilbudget soll dazu dienen, diesen Anforderungen Rechnung zu tragen. Der Sprecher- und Koordinierungsausschuss hat in seiner Sitzung am 27.07.2017 verabredet, dieses im Beirat formal zu beschließen und das Ortsamt Vegesack hat die inhaltliche Formulierung übernommen.

**Der Beschluss wird einstimmig gefasst.**

## **Tagesordnungspunkt 6**

### Straßenbenennung im Tauwerkquartier

Dem Bauamt liegen die ersten Bauanträge vor. Die Anwohner benötigen dringend eine Adresse.

Die Fraktionssprecher wurden mit E-Mail vom 19.07.2017 informiert dass die Straßenbenennung im Tauwerkquartier ansteht. Vorschläge für Straßennahmen liegen bisher noch nicht vor. Alternativ könnte die Öffentlichkeit mit Hilfe der Presse bei der Namensfindung beteiligt werden.

Herr Buhlmann macht folgende Vorschläge:

- Der Gründer der Bremer Tauwerkfabrik: C. H. Michelsen Strasse
- Seilmacherstrasse.
- Kleine Wolkenstrasse.

Frau Palicki schlägt Pastor Kleiner vor.

Dieses wurde vom Beirat verworfen, da es nicht möglich ist, Straßen nach lebenden Personen zu benennen.

Frau Palicki schlägt weiter, Pastor Hermann Nelle vor.

Der Senat hat beschlossen bevorzugt weibliche Namen zu vergeben, was bei der Namensgebung vorzugsweise zu berücksichtigen ist.

Herr Dornstedt schlägt als historischen Namen Groden vor, wie das Gebiet zwischen Oeversberg und Lesum im 18. Jahrhundert genannt wurde und woraus später Grohn wurde.

Die Presse wird gebeten die Öffentlichkeit mit in die Namensfindung einzubeziehen

Die Namensvorschläge sollen gesammelt werden, um anschließend darüber zu entscheiden.

### **Tagesordnungspunkt 7**

#### Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Sport

Umbesetzung von Herr Kiener von der Partei Bürger in Wut im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Sport.

Die Bürger in Wut besitzen das Vorschlagsrecht und schlagen Frau Palicki vor.

Der Vorschlag wurde einstimmig beschlossen.

Frau Palicki hat nicht mit abgestimmt.

### **Tagesordnungspunkt 8**

#### Anträge und Anfragen der Parteien

Es liegen 3 Dringlichkeitsanträge zum Thema Markthalle vor, deren Dringlichkeit einstimmig beschlossen wurde. Bevor in die Diskussion eingestiegen wird, erinnert Herr Dornstedt an den Beiratsbeschluss vom 09.02.2017<sup>3</sup> zu diesem Thema:

***Die AVW wird aufgefordert, die Möglichkeit der Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs zur Ermittlung von Vorschlägen für die künftige Nutzung der Immobilie Markthalle bzw. des Grundstücks zu prüfen und den Auftrag hierfür zu erteilen.***

***Das Bauamt Bremen-Nord, die Wirtschaftsförderung Bremen, der Beirat sowie das Ortsamt Vegesack sind bei der Festlegung des inhaltlichen Rahmens zu beteiligen. Das Ortsamt Vegesack wird zeitnah in Abstimmung mit der AVW Immobilien AG zu einem gemeinsamen Gespräch einladen.***

In diesem und einem weiteren Gespräch wurden mit Herrn Martens, als Vertreter der AVW Immobilien AG, unterschiedliche Alternativen diskutiert. Das Ergebnis schlug eindeutig in Richtung Kletterhalle, für das es einen Bewerber gab, der sein Konzept für eine Kletterhalle, dem Sprecher- und Koordinierungsausschuss vorstellte. Gleichzeitig wies die AVW auf einen Interessenten hin, der unter Black.de firmiert. Der Beirat teilt sein Unverständnis und Ärger darüber aus, dass in diesen Gesprächen seitens der AVW mitgeteilt wurde, dass die Vermietung der Markthalle in alle Richtungen offen sei, kurz darauf jedoch in der Presse zu lesen war, dass die Entscheidung seitens AVW auf Black.de fiel, ohne vorab den Beirat Vegesack hierüber zu informieren.

Einige Beiratsmitglieder würden einen Abriss der Markthalle befürworten. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass das Gebäude nicht der Stadt gehört, sondern nur stiller Teilhaber ist und keine vertragsrechtliche Mitsprache besitzt. Es wird darauf hingewiesen, dass es in einer Demokratie Zielvorstellung bedarf, die bedeuten sollte, nicht nur Abriss, sondern auch Stadtentwicklung. Einige geben zu bedenken, dass hohe Planungskosten für das Areal nicht zu rechtfertigen seien, da die AVW noch 19 Jahre die Markthalle verwaltet und diese vermutlich nicht preiswert abgeben wird. Es sollte erste eine Einigung mit AVW getroffen werden und dann geplant werden. Es wird vorgeschlagen mit der AVW in Verhandlung zu gehen.

Herr Dornstedt macht den Vorschlag, die AVW Immobilien AG zur nächsten Sitzung einzuladen und schlägt folgenden gemeinsamen Antrag vor:

---

<sup>3</sup> Anlage Beiratsbeschluss 09.02.2017 zum Thema Markthalle

**Der Beirat Vegesack spricht sich gegen die von Albrecht Vermögensverwaltung geplante Belegung der Markthalle durch den Niedrigsortimentsanbieter Black.de aus.**

**Die Antragsteller stellen ihre Anträge zurück.**

Herr Dornstedt erklärt, dass die Anträge bis zu nächsten Beiratssitzung zum Thema Markthalle zurückgestellt werden.

Fristgerecht eingereichte Anträge:

Der Beiratssprecher Herr Dr. Hartwig trägt den gemeinschaftlichen Antrag von SPD, Bündnis 90/Grüne, Die Linke vor:

**Die Unterzeichnenden stellen den Antrag auf folgende EntschlieÙung:  
Der Beirat Bremen-Vegesack stellt aufgrund gegebener Veranlassung fest, dass der Beirat mit der Beiratsarbeit seiner Mitglieder Verfassungstreue, demokratisches Grundverständnis, Weltoffenheit und Antirassismus verbindet. Jegliches Verhalten von Beiratsmitgliedern, dass gegen die vier genannten Grundprinzipien verstößt, wird vom Beirat abgelehnt und schärfstens verurteilt.**

Begründung: Es gibt ein Mitglied des Beirates das bei einer Veranstaltung der identitären Bewegung mit demonstriert hat.

Herr Dr. Hartwig gibt eine kurze Zusammenfassung:

Wesentliche Erkenntnisse des Verfassungsschutzes sind folgende:

Die Identitäre Bewegung Bremen wurde 2012 wegen Beitrittes von Rechtsextremisten fast zum Erliegen gebracht. 4 Jahre später, 2016 erstarkte sie durch den Beitritt von Mitgliedern der NPD und der Jungen Nationaldemokraten, die der identitären Bewegung beigetreten sind. Dem Verfassungsschutz liegen weiterhin Erkenntnisse vor, dass Rechtsextremisten, zu denen strafrechtliche Erkenntnissen vorliegen, Gründungsmitglieder und Mitglieder der identitären Bewegung sind. Das Landesamt für Verfassungsschutz weist darauf hin, dass Kontakte zwischen der identitären Bewegung Bremen und der AfD sowie der Jungen Alternativen (Jugendorganisation der AfD) existieren. Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft, wie die Junge Alternative zu bewerten ist und wird den Parlamentarischen Kontrollkommissionen dazu berichten. Die identitäre Bewegung ist wegen ihrer rechten Umtriebe Beobachtungsobjekt des Landesverfassungsschutzes. Einzelpersonen der identitären Bewegung sind Strafrechtlich mit politisch motivierter Kriminalität und Gewaltdelikten in Erscheinung getreten. Er ergänzt, dass man sich hiervon distanzieren könne und mit Bedauern feststelle, dass man hiervon nichts gewusst habe.

Frau Palicki äußert ihre Hochachtung für das Beiratsmitglied, dass an der Demonstration teilgenommen hat.

Herr Kiener erinnert u.a. an die G20-Gipfel-Demonstrationen, die nicht so friedlich abgelaufen sind, an denen auch Mitglieder von etablierten Parteien teilgenommen haben. Seine Partei ist gegen Rassismus und entsprechend des Grundgesetzes auch demokratisch. Er hält den Antrag für Wahlkampfgetöse um die AfD in Misskredit zu bringen. Er betont, dass der Vorsitzende der Bremer AfD sich von der identitären Bewegung distanziert hat.

Herr Bullmahn erklärt, dass er beim ersten Lesen des Antrages geglaubt hatte, dem Antrag zustimmen zu können. Dann ist er aber zu der Überzeugung gekommen, dass es sich bei

Herrn Mergard um ein demokratisch gewähltes Beiratsmitglied handelt. Es sei nicht richtig, sich vor der Wahl mit sich selbst zu befassen. Der Beirat hat genügend Themen, mit denen er sich befassen muss.

Herr Pörschke erinnert, dass die Presse bei einigen Beiratsmitgliedern angerufen hat, um eine Stellungnahme zum Verhalten von Herrn Mergard zu erhalten. Er betont, dass Herr Mergard sich im Beirat unauffällig verhält. Herr Mergard gehört nicht zu denjenigen, die den Holocaust negieren, aber seine Äußerungen reihen sich ein in ein dubios völkisch romantisches Agieren. Der Ansatz ist, für was tritt dieser Beirat ein? Er bedauert, dass das Wort „Weltoffenheit“ für einige Beiratsmitglieder ein Problem zu sein scheint.

Herr Mergard erklärt, dass er die Diskussion mit gemischten Gefühlen verfolgt. Er steht zu seinem Handeln. Er betont, dass sich jeder den ersten zwei Punkten des Antrages anschließen könnte. Auch er ist weltoffen und kein Rassist. Aber diese Begriffe werden sehr unterschiedlich gebraucht und verstanden, das ist linkes Kampfvokabular. Er gehört der identitären Bewegung nicht an und möchte es auch nicht. Er erinnert aber, dass diese Demonstration öffentlich stattfand und er sein Recht, an dieser Demonstration teilzunehmen, wahrgenommen hat. Die programmatische Forderung der Demonstration findet er in Ordnung. Dass die Organisation beobachtet wird, heißt nicht, dass sie verfassungsfeindlich ist, denn sie wurde bisher nicht als verfassungsfeindlich eingeordnet. Die Linke wurde auch schon vom Verfassungsschutz beobachtet. Aus seiner Sicht ist es nichts Besonderes, wenn ein Rechter zu einer rechten Demonstration geht. Der zweite Teil des Antrages ist linkes Kampfvokabular.

Herr Fahsing hält den Antrag für das mildeste Mittel, mit dem man mit solch einem Verhalten umgehen kann. Was hier stattfindet, ist aus seiner Sicht unerträgliches menschenverachtendes Gelaber.

Herr Riskalla kritisiert, dass die CDU bei der Erarbeitung des Antragstextes nicht beteiligt wurde. Inhaltlich findet er die vier Grundprinzipien nicht im Grundgesetz, welches die Arbeitsgrundlage seiner Partei ist. Er möchte im Beirat zu diesem Zeitpunkt keine große ideologische Debatte führen.

Herr Kiener kritisiert die Flüchtlingspolitik der CDU im Zusammenhang mit dem Begriff „Weltoffenheit“.

Herr Degenhard wundert sich, dass die SPD, Die Linke und Die Grünen solch einen Antrag stellen müssen, um klarzustellen, dass sie für demokratisches Grundverständnis, für Verfassungstreue und für Antirassismus sind. Die BIW muss das nicht klarstellen, von der Partei weiß man das. Das Wort „Weltoffenheit“ ist nicht zu definieren und hat durch die desaströse Asyl-Politik der Frau Merkel eine verhängnisvolle Bedeutung gewonnen. Er erklärt, dass die linke Antifa und die identitäre Bewegung austauschbar wären. Er ist nicht sicher, ob die Antifa überhaupt überwacht wird. Die BIW möchte keine Lanze für die identitäre Bewegung brechen, Leute zu verteufeln machen die Bürger in Wut nicht mit. Aber er hat sich ein wenig mit der identitären Bewegung befasst und es gibt einige Dinge, die er unterschreiben kann, wie z.B., dass die Bewegung sich gegen die Islamisierung des Landes ausspricht. Er fordert die Antragsteller auf, das Verteufeln von Menschen zu beenden, die sich ernsthafte Sorgen um dieses Land machen.

Herr Dr. Hartwig stellt fest, dass sich Herr Degenhard von seiner öffentlich geäußerten Kritik an dem Verhalten des AfD-Mitgliedes weit distanziert habe. Jeder von Ihnen habe sich heute hier selber entlarvt. Er erklärt, dass er hier nur die Argumente des Verfassungsschutzes vorgetragen hat. Er bedauert die Positionierung der CDU und dass die AfD sich nicht von der identitären Bewegung distanziert hat.

Herr Dornstedt stellt den Antrag zur Abstimmung.

***Der Antrag wurde mit 6 Zustimmungen und 8 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.***

Anfrage der SPD Beiratsfraktion Vegesack:  
Aufstocker Bremen-Nord und Bremen-Vegesack

Der Beirat Bremen-Vegesack bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen um Auskunft zu den nachfolgenden 8 Punkten.

1. Wie viele sogenannte Aufstocker hat es in Bremen-Nord und in Bremen-Vegesack im Jahr 2015, 2016 und im ersten Halbjahr des Jahres 2017 gegeben?
2. Ist eine Differenzierung nach Lebensgemeinschaften und Alleinerziehenden möglich? Wenn ja, bitte diese differenzierte Berichterstattung vornehmen.
3. Wie hoch sind in den jeweiligen Jahren die Zuschüsse nach SGB II für sogenannte Aufstocker (Differenzierung) gewesen?
4. Erhalten die sogenannten Aufstocker zeitnah zu der Entgeltzahlung ihrer Arbeitsstelle die Zahlungen nach SGB II? Wenn nein, welche Maßnahmen sind vorgesehen, Arbeitnehmern, die aufstockende Unterstützung zum Leben nach SGB II erhalten, ein Leben auch in finanzieller Normalität, wie es andere Arbeitnehmer auch haben, zu ermöglichen?
5. Wie ist die Einschätzung des Senators für Wirtschaft, Häfen und Arbeit bezüglich der weiteren Entwicklung der aufstockenden Zahlungen nach SGB II. Welche Rolle spielen aufstockende Zahlungen nach SGB II in seiner Arbeitsmarktstrategie in Bremen-Nord und Bremen-Vegesack?
6. Welche Maßnahmen stellt sich der Senator für Wirtschaft, Häfen und Arbeit vor, die Menschen in Bremen-Nord und Bremen-Vegesack, die aufstockende Unterstützung nach SGB II erhalten, dauerhaft von staatlichen Transfers unabhängig machen könnte?
7. Welche offensiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Aktivitäten des JobCenters Bremen, Außenstelle Bremen-Nord in Vegesack plant der Senator für Wirtschaft, Häfen und Arbeit auch für die Grohner Düne zur Verbesserung der Integration seiner Bewohner in die deutsche Gesellschaft in Bremen-Nord und Vegesack?
8. Welches kontinuierliche Berichtswesen gegenüber dem Beirat Bremen-Vegesack stellt sich der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vor, um die Erfolge der Vermittlung von Bewohnern

Herr Dornstedt informiert, dass die Anfrage im Beirat zur Kenntnis genommen wurde und an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen weitergeleitet wird.

Es wird festgestellt, dass es keine weiteren Diskussion- und Abstimmungswünsche gibt, damit ist der Antrag ist beschlossen

Herr Dornstedt verweist auf den Grundsatzbeschluss des Beirates, nach 22:00 Uhr keine neuen Tagesordnungspunkte mehr aufzurufen und beendet die Sitzung. um 22:25 Uhr

Dornstedt  
Vorsitzender

gez. Borkowsky  
Schriftführerin

Hartwig  
Beiratssprecher



**BREMEN  
BREMERHAVEN**

# **WEITERENTWICKLUNG OEVERSBERG / JUB /SCIENCE PARK**

**Simone Geßner**  
Referatsleiterin  
Gewerbeplanung, Regionalplanung, Geologischer Dienst  
Sitzung des Beirats Vegesack am 10.08.2017

**Der Senator für Wirtschaft,  
Arbeit und Häfen**  **Freie  
Hansestadt  
Bremen**

10.08.2017

## Ergebnis Runder Tisch\*

- Die JUB wird sich Richtung Norden / Science Park orientieren.
- Die JUB erklärt dauerhaft den Verzicht auf die Westhälfte des Oeversbergs.
- Konzentration der Sportanlagen auf der Westfläche ist zu prüfen.

**Die Ressorts Sport und Wirtschaft werden aufgefordert, gemeinsam mit der JUB eine dauerhafte Lösung für den Sport und die JUB zu erarbeiten.**

**Das Ergebnis sollte in der ersten Jahreshälfte 2017 vorliegen.**

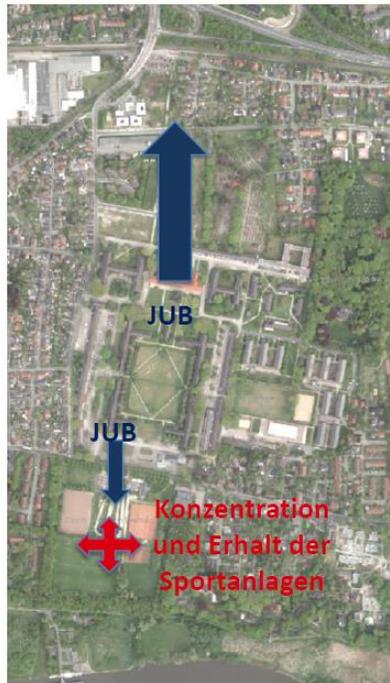
\*Protokolliertes Ergebnis der Sitzung des Runden Tisches vom 12.12.2016

## Ergebnis Runder Tisch

### Aufgabenstellungen:

- Klärung der formalen Voraussetzungen / Rahmenbedingungen für den erforderlichen Grundstückstausch
- Ermittlung der Anforderungen zur planerischen Konkretisierung der Zielsetzung / Voraussetzungen für die erforderlichen Bauleitplanverfahren zur langfristigen Sicherung der Nutzungsziele
- Umsetzung der Planungs- und darauf basierend der ggf. erforderliche bauliche Maßnahmen

## Planerische Aufgaben



[www.wirtschaft.bremen.de](http://www.wirtschaft.bremen.de)

10.08.2017

## Planerische Aufgaben

- Die räumliche Fortsetzung des Städtebaukonzepts von JUB und Science Parks mit einer verlängerten Nord-Süd-Achse bis zur Lesum (Betonung der Mittelachse und Konzeption von Trittsteinflächen in Richtung Lesumufer und dem bestehenden Universitätsgelände)
- Weitergehende Vernetzung von Hochschule und Stadtteil, u. a. über die funktionale Öffnung der JUB und die Organisation der Sport(flächen)angebote
- Festlegung einer städtebaulich begründeten baulichen Entwicklungsreihenfolge

[www.wirtschaft.bremen.de](http://www.wirtschaft.bremen.de)

10.08.2017

## Planerische Aufgaben

- Konzentration der Sportanlagen auf dem Oeversberg unter Berücksichtigung eines weiterhin erforderlichen Flächenpotenzials für Entwicklungen der JUB von ca. 2 ha
- Planung einer attraktiven, zukunftsfähigen Sportanlagen mit entsprechender Erschließung und Begrünung
- Bewertung und Integration des Grünbestands
- Park- und Fußwegeverbindung zur Vernetzung der unterschiedlichen Räume

**=> Voraussetzung für die Entwicklung eines neuen Stücks Stadt**

## Planerische Aufgaben

### Erste Planungsschritte

- Aktualisierung des Rahmenplans aus dem Jahr 2004
- Erstellung eines Grünordnungsplans Oeversberg
- Lärmgutachten zur Ermittlung evtl. notwendiger schalabschirmender Maßnahme

### Darauf aufbauend

- Durchführung der entsprechenden Bauleitplanverfahren
- Technische Planung der entsprechenden Baumaßnahmen

## Erste, informelle Planungsphase (6- 9 Monate)

### Projektorganisation

Beauftragung: Lärmgutachten für die Neuordnung der Sportanlagen Oeversberg  
Städtebauliche Rahmenplanung Oeversberg – JUB Nord  
Grünordnungsplan für den Oeversberg  
Moderation für das Beteiligungsverfahren Planung Oeversberg

### Machbarkeit und Grundlagen

Ermittlung von entscheidenden Planungsparametern (Sportbetrieb, Uni-Bedarf, Immissionsschutz, Grünbestand u. Artenschutz) durch Fachplaner u. Gutachter  
Vorentwurf der Städtebaulichen Rahmenplanung Oeversberg mit Variantenprüfung

### „Runder Tisch“ zur Planung Oeversberg (I)

Vorstellung der Ergebnisse der Grundlagenermittlung und Diskussion der Ideen zur Optimierung und Gestaltung der Sportanlage mit Moderation

### „Runder Tisch“ zur Planung Oeversberg (II)

Präsentation der Vorzugsvariante zur Neugestaltung des Oeversberg, Vorstellung der Zeitplanung für die bauliche Umsetzung der Sportanlage mit Moderation

### Information/ Beschluss des Beirats Vegesack

Mehrstufig (3/4 Quartal 2017) mit abschließender Information und Beschluss im 1. Quartal 2018

## Zweite, formelle Planungsphase (rd. 12 Monate)



www.wirtschaft.bremen.de

10.08.2017

## Beteiligungsverfahren - Vorschlag

- Der Planungs- als auch darauf folgende Umsetzungsprozess soll unter enger Einbindung der betroffenen Sportvereine, des Beirats, der JUB und der zuständigen Ressorts erfolgen
- Der „Runde Tisch“ kann als Ansatzpunkt für das Beteiligungsverfahren dienen, dass durch eine externe Moderation begleitet werden soll
- Die Institutionen des „Runden Tisches“ benennen für das zu organisierende Beteiligungsverfahren einen verbindlichen Mandatsträger (Stellvertreter), der den Gesamtprozess begleitet
- Ergebnisse werden dem Beirat Vegesack vorgestellt und diskutiert

www.wirtschaft.bremen.de

10.08.2017

## Aktuelle Aufgaben

Der Senator für Wirtschaft,  
Arbeit und Häfen

Freie  
Hansestadt  
Bremen

- Abschließende Klärung der formellen Rahmenbedingungen für den erforderlichen Grundstückstausch
- Abstimmung des vorgesehenen Beteiligungsverfahrens, Beauftragung einer geeigneten Moderation
- Klärung der Finanzierung und Beauftragung der anstehenden Planungsaufgaben (Aktualisierung Rahmenplanung, Grünordnungsplan, Lärmgutachten)

[www.wirtschaft.bremen.de](http://www.wirtschaft.bremen.de)

10.08.2017

Der Senator für Wirtschaft,  
Arbeit und Häfen

Freie  
Hansestadt  
Bremen



**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**

Simone Geßner  
Referatsleiterin Gewerbeplanung

Der Senator für Wirtschaft,  
Arbeit und Häfen

Freie  
Hansestadt  
Bremen



## **Kindertagesbetreuung in Vegesack**

Hier: Aktueller Stand Sachstand Kindertagesbetreuung  
Vorstellung im Beirat am 10.08.2017

---

### **Grundlagen der Planung**

- Bevölkerungsvorausberechnung bis 2020 vom Statistischen Landesamt Bremen  
Stand: August 2016
- Neubaugebiete im Stadtteil bis 2020 vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr  
Stand: Oktober 2016

### **Ziel der Planungen**

Umsetzung der im Januar 2015 vom Bremer Senat beschlossenen Ziel-Versorgungsquoten bis zum Kindergartenjahr 2019/20:

- 50 % für Kinder im Alter von 0 bis unter 3 Jahren  
Versorgungsquote im KGJ 2016/17: 34 %
- 98 % für Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren  
Versorgungsquote im KGJ 2016/17: 89 %

### **Geplante Projekte zur Erreichung der Ziel-Versorgungsquoten**

KGJ 2016/17:

2 neue Gruppen wurden realisiert: Schönebecker Schulzwerge & Villa am Löh.

KGJ 2017/18:

8 weitere Gruppen sind geplant:

- 2 Gruppen im Waldorfindergarten.
- 6 Gruppen im Rahmen des Sofortprogramms Mobilbau (KuFZ Fährer Flur, KuFZ Beckedorfer Straße), die den Vorlauf bilden für Projekte, die bis 2020 umgesetzt werden am Standort neben der Grundschule Fährer Flur und am KuFZ Hammersbeck.

KGJ 2018/19

- Durch den Ersatzbau für das KuFZ Lobbendorf an der Straße Ulrichs Helgen entsteht eine zusätzliche Krippengruppe.

Um die Ziel-Versorgungsquoten zu erreichen, sind für 8 weitere Gruppen dauerhafte bauliche Lösungen notwendig, vor allem in den Ortsteilen Grohn und Aumund-Hammersbeck.

Der Unterausschuss der Deputation Frühkindliche Bildung hat am 8.8.17 die Empfehlung des Fachreferates Kindertagesbetreuung zur prioritären Umsetzung einer 4-gruppen Kita jeweils an der Dobbheide und an der Grohner Bergstraße zur Kenntnis genommen. Die Deputation Frühkindliche Bildung wird darüber am 06.09.2017 abstimmen.

### **Ausblick**

Sollte die Deputation Frühkindliche Bildung am 6.9.2017 der Empfehlung für die Standorte Dobbheide und Grohner Bergstraße zustimmen: 2 Gruppen könnten bereits im laufenden Kindergartenjahr 2017/18 in Grohn den Betrieb aufnehmen. Mit der Fertigstellung am Standort Dobbheide wird voraussichtlich zum KGJ 2018/19 gerechnet.

Wenn eine neue Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes Bremen stadtteilbezogen zur Verfügung steht, wird die bestehende Ausbauplanung überprüft und ggf. angepasst.

**Anlage 3 zum Protokoll der 26 Sitzung des Beirates Vegesack am 10.08.2017**

Beirat Vegesack

Bremen, 09.02.2017

Mit zwei Enthaltungen einstimmiger Beschluss des Beirates Vegesack

**Antrag der SPD-Fraktion zum Thema Markthalle**

Die AVW wird aufgefordert, die Möglichkeit der Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs zur Ermittlung von Vorschlägen für die künftige Nutzung der Immobilie Markthalle bzw. des Grundstücks zu prüfen und den Auftrag hierfür zu erteilen.

Das Bauamt Bremen-Nord, die Wirtschaftsförderung Bremen, der Beirat sowie das Ortsamt Vegesack sind bei der Festlegung des inhaltlichen Rahmens zu beteiligen.

Das Ortsamt Vegesack wird zeitnah in Abstimmung mit der AVW Immobilien AG zu einem gemeinsamen Gespräch einladen.